

Redebeitrag zum Tagesordnungspunkt 6.1.: Haushaltssatzung 2014 mit ihren Bestandteilen und Anlagen

I. Anmerkung zur Boulevardsanierung

Sehr geehrte Damen und Herren,
gestatten Sie mir einen kleinen Nachtrag zum vorherigen Tagesordnungspunkt „Boulevard gestalten“. Seine grundhafte und zugleich behutsame Sanierung wird eines der anspruchsvollsten Vorhaben in nächster Zeit sein. Die Komplexität ergibt sich aus den soeben genannten Ansprüchen und Bedingungen, aber auch aus der Betroffenenvielfalt, die sich zusammensetzt aus
Öffentlichkeit/Bürgerschaft, Händlern, Innenstadtmarketing, Dienstleistern, Anwohnern, Kunden, Lieferanten, Touristen, Schausteller, Kleinkünstlern, Kulturschaffenden, Leitungsrechteinhabern, Planern, Archäologen, Denkmalschützern, Naturschützern, Baufirmen, Stadtverordneten, Verwaltung, Stadtreinigung, Fördermittelgebern, Fußgängern, Radfahrern, Skatern, Nutzern von Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen, Jugendlichen und Gehandycapten.

Es geht nicht darum, kurz mal ein paar Platten gerade zu rücken, sondern es geht um eine länger währende Baustelle, die aus tiefen, wandernden Baugruben bestehen wird. Es geht sozusagen um eine „Operation an offenen Herzen“. Darüber müssen wir uns alle im Klaren sein – auch über die Konsequenzen. Eine davon ist, dass die Boulevard-Fläche für ein Turmfest 2015 nicht zur Verfügung stehen wird. Ob und ggf. wie ein Alternativkonzept gestrickt werden kann, ist eine Aufgabe, der sich Frau Demgensky und ihre Mitarbeiter angenommen haben. Das Ergebnis ihrer Überlegungen ist im Herbst zu erwarten.

II. Investitionen, die dem Rotstift zum Opfer gefallen sind

Mein Hauptanliegen der heutigen Beratung ist die Haushaltseinbringung. Ich freue mich, dass Ihnen die Kämmerin bereits in der ersten Sitzung im neuen Jahr den Satzungsentwurf 2014 vorstellen kann und dabei auch die Schwerpunktmaßnahmen, die darin Eingang gefunden haben.

Ich bin stolz darauf, dass es Frau Mnestek, ihren Kämmererei-Mitarbeitern und allen Fachabteilungen im Haus wieder einmal gelungen ist, sich so zusammen zu raufen, dass

1. die Ausgeglichenheit hergestellt werden konnte und
2. auf allen wesentlichen Feldern, die städtisches Leben ausmachen, Wichtiges bewegt und bewirkt wird. Dazu gehört auch, verantwortungsvoll mit den Werten umzugehen, die in den Vorjahren in dieser Stadt geschaffen worden sind und für ihren Erhalt zu sorgen.

Allerdings haben unsere geplanten Einnahmen längst nicht für alles gereicht, was von den Ämtern zu Recht für sinnvoll und wünschenswert angesehen und angemeldet worden ist.

Mein etwas undankbarer Part ist es, Ihnen heute zunächst mitzuteilen, was wir mangels Masse in diesem Jahr nicht in den Entwurf aufgenommen haben – wenn auch schweren Herzens:

Zu nennen ist der **B-Plan An der Krähenheide**, der der Neuordnung des Gewerbegebietes im Hinblick auf Grundstückseigentum und sinnvoller Erschließung dienen soll, um den erfreulichen Wachstumstendenzen der Unternehmen wie D-Beschlag und MOB den Boden zu bereiten. Für dieses Vorhaben sind keine Fördermittel einsetzbar. Das bedeutete die

Bereitstellung von 35.000 EUR an Eigenmitteln. Vielleicht ist es möglich, sie im Laufe des Jahres aufzubringen, um den planerischen Vorlauf zu schaffen.

Bedauerlicherweise konnte auch die notwendige Aufarbeitung des „abgespielten“ **Kunstrasenplatzes** nicht aufgenommen werden, die mit ca. 300.000 EUR im Ergebnishaushalt zu veranschlagen wäre.

Der **Abriss des ehemaligen DRK-Pflegeheimes** an der Jänickendorfer Straße wurde wegen der erforderlichen 105.000 EUR wieder verschoben.

Verschoben wurde auch die **Sanierung der Ausgabeküche in der KITA Sunshine** für 40.000 EUR.

Dem Rotstift zum Opfer fielen der **Fensteraustausch in der Obdachlosenunterkunft** (20.000 EUR) und die **Sanierung des Tischlereidaches auf dem Bauhof** (60.000 EUR).

Gern hätten wir auch den nächsten **Bauabschnitt im Saunagarten** bewirkt, der die Herstellung des barrierefreien Wegesystems in der Hanglage beinhaltet. Doch auch die dafür erforderlichen 200.000 EUR sind nicht verfügbar. Zumindest haben wir Planungsmittel als einen ersten Schritt eingestellt. Frau Mnestek wird darauf zurück kommen.

Ein paar Sätze möchte ich über **Breitbandversorgung für die Bergsiedlung** verlieren.

Die Landesregierung möchte so schnell wie möglich in ganz Brandenburg eine Breitbandversorgung mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 2 Megabit pro Sekunde gewährleistet wissen.

In Luckenwalde ist Breitband-Internet zwar fast überall vorhanden, jedoch in sehr unterschiedlicher Leistungsfähigkeit. Im Umkreis von bis zu 1 km um die Knotenvermittlungsstelle am TELEKOM-Turm werden 16 Megabits angeboten. Im Stadtkern werden nur 2 Megabits/s erreicht, wenn auch wenigstens stabil.

In den Stadtrandlagen wie z.B. der Bergsiedlung und der Stadtrandsiedlung bleibt die Versorgung hinter dieser Zielgröße zurück. Leider gab es für eine Verbesserung keine Fördermittel, weil man davon ausging, dass sich in einem verdichteten städtischem Raum der Ausbau der Versorgung von selber trägt.

Um dieser Sache auf den Grund zu gehen mit der Absicht, eine Verbesserung zu initiieren, wurde für die Bergsiedlung der Breitbandausbau ausgeschrieben. Denn dort gab es die meisten Beschwerden, zugleich war der Siedlerverein bereit, die Aktion mit einer Bedarfserhebung zu unterstützen. Betroffen sind ca. 400 Haushalte mit 1.000 Einwohnern. Auf das ausgeschriebene Interessenbekundungsverfahren erfolgte lediglich eine Rückmeldung. Nur die TELEKOM legte ein Angebot vor, dessen günstigste Variante eine Wirtschaftlichkeitslücke von 66.000 EUR ausweist, die von der Stadt mit Eigenmitteln zu schließen wäre.

Dieser hohe Betrag konnte nicht aus städtischen Mitteln aufgebracht werden. Zu bedenken ist auch, dass damit auch der moralische Anspruch verbunden wäre, weitere bedarfe zu decken. Es ist für mich unbestritten, dass stadtweit die Grundversorgung zu sichern ist. Wir setzten nun die Hoffnung auf die Initiative des Landes, in der neuen EU-Förderperiode den Breitbandausbau mit Hilfe von EFRE-Mitteln ohne Vorbedingungen, also losgelöst davon ob es sich um städtische oder dörfliche Räume handelt, zu unterstützen. Die Modalitäten sind jedoch noch nicht bekannt.

III. Weitere Arbeitsschwerpunkte

Neben den genannten Beispielen von wünschenswerten Vorhaben, für die wir im Haushalt keine Vorsorge treffen konnten und die deshalb wohl (erst einmal) unterbleiben, möchte ich Ihnen andere Arbeitsschwerpunkte nennen, die zwar nicht ausdrücklich im Haushaltsplan abzulesen sind, aber dennoch erhebliche Verwaltungskraft und in Folge Stadtverordnetenkapazität binden werden.

Dazu gehört ganz bestimmt die **Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes**. Sie haben am 23. September 2008 das INSEK verabschiedet. Wir wollen die Abrechnung des „Umsetzungsgrads“ – also dessen, was aus dem Plan Realität geworden ist- noch in Ihrer Amtszeit als Stadtverordnete im April vornehmen. Ich bin übrigens zuversichtlich, dass Sie ganz zufrieden sein können, wie viele unserer durchaus hochgesteckten Ziele in Ihrer „Herrschaftszeit“ erreicht werden konnten. Die inhaltlichen Vorgaben für das Nachfolgemodell 2.0 sollen dann aber von der nächsten Stadtverordnetenversammlung bestimmt werden. Ein ganz besonders wichtiger Baustein in dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept wird das Thema der wirtschaftlichen Entwicklung sein, das in einem neuen **Standortentwicklungskonzept** aufgehen wird. Hier sind schon umfangreiche Arbeiten geleistet, die Ihnen im März vorgestellt werden.

Ähnliches gilt für das **Klimaschutz- und Energiekonzept**, dessen vielfältige Maßnahmen von Ihnen mit Prioritäten versehen werden müssen.

Mir ist es auch ein Anliegen, die **Machbarkeit** zu durchleuchten, in wieweit die alte Steinschule zu der dem Krankenhaus angelagerten **Schule für Gesundheitsberufe** umgenutzt werden kann. Dafür sind umfangreiche Gespräche mit dem Träger und zuständigen Ministerien erforderlich, vor allem, um die Finanzierbarkeit zu klären. Eine wichtige Facette dieses Projektes ist dabei auch, über die Eignung des Kaisers Cafe-Grundstücks für ein Hospiz zu befinden.

Unser Anspruch an umfassende und vor allem anschauliche Information der Bürgerschaft bleibt eine Daueraufgabe. Im Herbst diesen Jahres ist deshalb eine neue Ausstellung zur Stadtentwicklung geplant: **„Luckenwalde zeigt sich – 2014“**. Präsentiert wird sie im großen Saal des Hauses Markt 33. Wie Sie wissen, haben wir mit dem Eigentümer vereinbart, diese historische Stätte auch öffentlich nutzen zu können.

Von umfassender Information der Bürgerschaft zur aktiven Beteiligung und Einbringung von Vorschlägen ist es ein folgerichtiger Schritt. Aus diesem Grund wird während der Ausstellungszeit auch das Verfahren **„Bürgerhaushalt 2015“** gestartet. Die Bewohner und Gäste Luckenwaldes können dann ihre Vorschläge einbringen – vielleicht auch inspiriert von den Themen in der Ausstellung.

Auch die **Vorbereitung der 800-Jahr-Feier** wird ein Arbeitsschwerpunkt sein.

Doch nun zu den konkreten Vorhaben und die Rahmendaten des diesjährigen Haushalts, die Ihnen die Kämmerin vorstellen wird.